
AUFRUF VON OSNABRÜCK

Arbeitsergebnisse der 7. Bundeskonferenz
der Kommunen und Nord-Süd-Foren
„Rio Komplett“ vom 6. bis 7. November 1998



CAF > Agenda-Transfer



terre des
hommes



Vom 6. bis 7. November 1998 trafen sich auf Einladung der Stadt Osnabrück 110 VertreterInnen aus der Eine-Welt-Arbeit Deutschlands, von Landesnetzwerken, lokalen Nord-Süd-Foren und -Initiativen und Nichtregierungsorganisationen, zu ihrer 7. Bundeskonferenz. Erstmals wurde die Konferenz von sechs unterschiedlichen Veranstaltern durchgeführt, dem lokalen Aktionszentrum 3. Welt e.V., terre des hommes Deutschland, der Stadt Osnabrück, dem Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen VEN e.V., CAF/Agenda-Transfer, Bonn und dem Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit e.V., Bonn.

Die TeilnehmerInnen der Konferenz begrüßen ausdrücklich, daß sich die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag auf die Agenda 21 beruft. TeilnehmerInnen und Veranstalter erhoffen sich von der Regierung eine stärkere Unterstützung ihres lokalen und auch länderübergreifenden Engagements für eine nachhaltige Entwicklung, die die Aspekte internationaler Gerechtigkeit, interkulturellen Austauschs und sozial

tragfähiger Nord - Süd - Entwicklungszusammenarbeit nicht weiterhin vernachlässigt. Wörtlich heißt es in der Koalitionsvereinbarung:

„Zunehmende Verflechtungen der Weltwirtschaft und die Internationalisierung der Finanzmärkte, die fortschreitende Integration Europas und die globalen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie in der Agenda 21 beschrieben sind, bilden den Handlungsrahmen auch für die deutsche Politik. Darüber hinaus formuliert die neue Regierung im 11. Kapitel der Vereinbarung, daß „Entwicklungspolitik heute globale Strukturpolitik“ ist, und deshalb „besonderes Gewicht auf die entwicklungspolitische Arbeit von Nichtregierungsorganisationen legt und deren Arbeit verstärkt fördern wird.“

Das in Rio de Janeiro 1992 verabschiedete Aktionsprogramm für eine zukunftsfähige Entwicklung in Nord und Süd wurde auch von der Parlamentarischen Staatssekretärin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Dr. Uschi

Eid, bei ihrem ersten öffentlichen Auftritt hervorgehoben. In ihrem Eingangsstatement verwies sie auf die Notwendigkeit der Stärkung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und hat der Konferenz tatkräftige Unterstützung des kommunalen Nord-Süd-Engagements zugesagt.

Nachhaltige Entwicklung durch internationale Partnerschaft wird als zentrale Voraussetzung für ein menschenwürdiges und zukunftsfähiges Überleben der Menschheit in der Agenda 21 beschrieben. Den Kommunen wird durch ihre Nähe zur Bevölkerung eine besonders wichtige Rolle zugeschrieben. In der Bundesrepublik existieren zur Zeit der Konferenz ca. 600 kommunale Beschlüsse zur Erstellung lokaler Agenden. Die weltweit gestarteten lokalen Agenda-Aktivitäten müssen deshalb ausgebaut und von den nächsthöheren Ebenen aktiv gefördert werden. Durch die Förderung zivilgesellschaftlicher Beteiligung bestehen gute Chancen, das System der Vereinten Nationen um ein weltweit kooperierendes Netz der Agenda-Kommunen zu bereichern. Ohne diese Basisverankerung zukunftsfähiger Entwicklungsmodelle in Nord, Süd, Ost und West wird die oft zitierte Weltinnenpolitik nicht mit Leben erfüllt. Globale demokratische Steuerung nachhaltiger Entwicklungsprozesse ist mehr als die Überlassung der Politik an neoliberale Marktmechanismen.

Die in Osnabrück vertretenen RepräsentantInnen der Eine-Welt-Bewegung sehen in den lokalen Prozessen eine wesentliche Herausforderung für ihre eigene entwicklungspolitische Bewußtseins-, Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit. Sie wollen ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung auf verschiedenen Ebenen leisten:

1. Verstärkt werden sie ihre Kompetenzen aus der internationalen Arbeit in die kommunalen Prozesse einbringen. Das kann z.B. geschehen durch den Ausbau und die Unterstützung des

fairen Handels vor Ort, durch einen ressourcenschonenden Umgang mit Altkleidern und Textilien, durch die Verstärkung zivilgesellschaftlicher Kooperationen zwischen NRO im Süden und im Norden.

2. Die in Osnabrück vertretenen Partner wollen in Zukunft verstärkt mit Umwelt-, sozialen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Gruppen und Verbänden zusammenarbeiten, um die globale Perspektive in die Auseinandersetzungen um Nachhaltigkeit vor Ort einzubringen. Sie erkennen in lokalen Netzwerken der Zivilgesellschaft eine neue Qualität örtlicher Politikgestaltung und möchten deshalb eine stärkere Partizipation der BürgerInnen ermöglichen.

Doch die richtigen Ideen fallen nicht vom Himmel. Die KonferenzteilnehmerInnen verständigen sich deshalb auf folgende konkrete Anregungen und Forderungen an die verschiedenen politischen Ebenen:

1. Die Kommunen werden aufgerufen:

1. sich für eine konkrete Förderung lokaler Agenda-Prozesse einzusetzen, indem sie zivilgesellschaftliche Aktivitäten in den Bereichen Umwelt, Eine-Welt, Kultur und Soziales unterstützen, Lernorte zukunftsfähiger Entwicklung schaffen und diesen Initiativen entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und innerhalb ihrer Verwaltungsstrukturen die Agenda-Büros personell absichern. Agenda-Arbeit braucht vor Ort konkrete AnsprechpartnerInnen und Koordinatoren auch innerhalb der Kommunalverwaltungen, so zeigt die Erfahrung aus vielen Städten und Gemeinden.
 2. sich dem folgenden Aufruf des Münchener Stadtrats vom Juni 1998 für MAI-freie Städte anzuschließen: „Ähnlich wie in den USA geschehen, wird die Stadt München über den Deutschen Städtetag Einfluß auf die
-

Bundesregierung nehmen, daß Kommunen aus dem Multilateralen Investitionsabkommen ausgenommen werden.“ In dem ursprünglichen OECD-Entwurf war vorgesehen, daß multilateralen Konzernen keinerlei Auflagen bzgl. ökologischer oder sozialer Standards mehr gemacht werden dürfen, sogar den Konzernen ein Recht auf Einklagen von Gewinnen über die Welthandelsorganisation gewährt werden sollte. Durch weltweiten zivilgesellschaftlichen Widerstand und der Weigerung der G8-Staaten Frankreich und Kanada, diesen Entwurf mitzutragen, konnten die Bestimmungen eines internationalen Investitionsabkommens, die alle Bemühungen um lokale und regionale Nachhaltigkeit konterkarieren würden, verhindert werden. Für den kommenden G8-Gipfel im Juni 1999 in Köln wird ein überarbeiteter Entwurf erwartet. Deshalb ruft der Osnabrücker Kongreß alle deutschen Städte, die einen Ratsbeschuß zur lokalen Agenda haben, auf, sich dem Münchener Aufruf anzuschließen.

3. sich verstärkt für den Ausbau kommunaler Nord-Süd-Partnerschaften einzusetzen. Sie sind ein wichtiges Lernfeld für die Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Partnerschaften ermöglichen den Erfahrungsaustausch über zukunftsfähige Produktions- und Konsummuster, soziale Integration und ökonomische Nachhaltigkeit. Partnerschaften leben vom persönlichen Kontakt der Akteure. Deshalb sollten Austauschprogramme verstärkt und besonders sorgfältig mit örtlichen Basisinitiativen geplant werden. Begegnungen mit Menschen aus den Partnerkommunen des Südens sind erfahrungsgemäß eine starke Motivation für die Aktiven des lokalen Agenda-Prozesses, deren weltweite Vernetzung angestrebt wird.

Anforderungen an die Länder:

1. Förderung zukunftsfähiger Lernformen und -inhalte:
Die Bundesländer sollten den Impuls von Rio offensiver aufgreifen, indem sie die Curricula der Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung auf die Inhalte der Agenda 21 hin überprüfen und diese bei Bedarf, unter Einbeziehung der Kompetenzen lokaler und landesweiter Eine-Welt-Netzwerke und Nichtregierungsorganisationen, überarbeiten. Eine zukunftsfähige Bildungspolitik darf sich nicht auf Umweltbewußtsein reduzieren, sondern muß heute die globalen Herausforderungen (Bildung für nachhaltige Entwicklung) berücksichtigen.
2. Die Länder sollten das zivilgesellschaftliche Engagement für nachhaltige Entwicklungsprozesse und -projekte durch professionelle Strukturen unterstützen. Das kann, wie in NRW geschehen, durch die Förderung eines unabhängigen Büros wie CAF/Agenda-Transfer und eines dezentralen PromotorInnen-Programms sowie der Unterstützung der Kommunen mit 0,50 DM/BürgerIn und Jahr für Projekte kommunaler Entwicklungszusammenarbeit geschehen.

Erwartungen an die neue Bundesregierung:

1. Die Förderung von Eine-Welt-PromotorInnen für zukunftsfähige Kommunalentwicklung: Es bedarf konkreter dezentraler, auf die Akteure zugeschnittener Stützungsprogramme, die aus verschiedenen Ressorts bestritten werden sollten, so zeigt ebenfalls das erfolgreiche Vorbild NRWs. Die neue Bundesregierung sollte gemeinsam mit den Ländern die bürgernahen Strukturen für kommunale Eine-Welt-Arbeit stärken. Die Förderung personeller Infrastruktur ist besonders einsichtig, wenn man die hohe Zahl ehrenamtlich geleisteter Arbeits-

stunden sieht, die es zu koordinieren und zu vernetzen gilt. Im Münchener Nord-Süd-Forum wurden 10.000 ehrenamtliche Arbeitsstunden pro Jahr gezählt, die erst durch die systematische Koordination durch eine hauptamtliche Kraft sinnvoll eingesetzt werden konnten.

2. Darüber hinaus sind die Bestrebungen des Mülheimer Kreises zu unterstützen, eine „Stiftung Eine Welt“ zu gründen und sie mit genügend Finanzmitteln für Trägerstrukturfinanzierung und konkrete Inlandsprojekte der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit der Eine-Welt-Bewegung auszustatten.

Die Veranstalter der Osnabrücker Konferenz unterstützen die Bestrebungen verschiedener bundesweiter Organisationen, in einer Bilanzkonferenz „Ein Jahr neue Bundesregierung – Was ist aus der Eine-Welt-Politik in Agenda-Prozessen geworden?“ zu reflektieren. Sie rufen dazu auf, die Konferenz bewußt in dem neuen „Zentrum für internationale Zusammenarbeit“ in Bonn durchzuführen und freuen sich über eine Einladung in die Bundesstadt Ende 1999.

In Fortsetzung der bisherigen, im Zwei-Jahresrhythmus stattgefundenen Konferenzen der Kommunen und Nord-Süd-Foren soll die nächste, achte Bundeskonferenz im Jahr 2000 zu Begegnung und Erfahrungsaustausch über eine global nachhaltige Entwicklung mit Partnerstädten des Südens führen; sie soll im Oktober/November 2000 in Bonn stattfinden. Veranstalter sollen wie bei der Osnabrücker Bundeskonferenz CAF/Agenda-Transfer, terre des hommes, die Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke, gegebenenfalls Landesorganisationen der kommunalen Spitzenverbände – weitere Mitorganisatoren sind willkommen – und ZKE sein. Die Konferenzteilnehmer haben die Einladung der Bundesstadt Bonn mit Dank angenommen.

Dieser Aufruf wurde auf der Grundlage der Beschlüsse in Osnabrück am 7. November 1998 von einer Redaktionsgruppe bearbeitet, der Vertreter von CAF/Agenda-Transfer, Bonn, Aktionszentrum Dritte Welt, Osnabrück, terre des hommes Deutschland, Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V., Hannover und Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE), Bonn, angehörten.

Die 7. Bundeskonferenz der Kommunen und Nord-Süd-Foren wurde finanziell vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen und organisatorisch von der Stadt Osnabrück unterstützt.

Von Mainz nach Osnabrück **- Bilanz nach zehn Jahren Arbeit der Nord-Süd-Foren in Deutschland** **(1988-1998)**

von Gunther Hilliges

Die Nord-Süd-Kampagne des Europarats „Interdependenz und Solidarität“ führte 1988 zur Gründung des nationalen Komitees unter Leitung von Botschafter a.D. Dr. Per Fischer, in dem erstmals Vertreter der Bundesregierung, der im Bundestag vertretenen Fraktionen, der NRO, der Wirtschaft, Gewerkschaften, der Wissenschaft und zahlreichen weiteren wichtigen gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiteten. Vor diesem Hintergrund wurden die ersten lokalen Nord-Süd-Foren in ähnlicher Zusammensetzung gegründet, die ihren ersten Bundeskongreß am 4. November 1988 in Mainz durchführten. Dort entstand auch das europäische Koordinationsbüro unter Leitung von Gerold Weisrock, dessen Aufgaben seit 1996 vom ZKE in Bonn wahrgenommen werden. Am Ende der Kampagne wurde 1989 in Madrid ein Appell verabschiedet, dem die Gründung des Nord-Süd-Zentrums des Europarats in Lissabon folgte. Trotz zahlreicher Aufforderungen der nach Mainz folgenden Bundeskonferenzen der Nord-Süd-Foren sah sich die Bundesregierung bisher nicht in der Lage, dem Nord-Süd-Zentrum beizutreten und Mittel für eine angemessene Infrastruktur in Deutschland zur Förderung der Zusammenarbeit der Quadriologpartner bereitzustellen. Dankenswerterweise hatte das BMZ zwei nationale Workshops des deutschen Quadrilogs finanziert und die CDG zwei Jahre lang das Sekretariat des Quadrilogs gestellt. Die 6. Bundeskonferenz in Bonn 1996 wiederholte ihre Aufforderung an die Bundesregierung, die Bemühungen des Europarats zur Vernetzung der Nord-Süd-Arbeit der europäischen Staaten durch Beitritt zum Nord-Süd-Zentrum in Lissabon und Förderung einer Struktur in Deutschland zu unterstützen. Leider

blieb auch dieser Appell folgenlos. An der Weiterentwicklung des Quadrilogs arbeitet gegenwärtig VENRO (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen) durch Einbeziehung weiterer Partner insbesondere der Wissenschaft, der Wirtschaft und Gewerkschaften und will damit seinen nord-süd-politischen Beitrag zu einer Strategie für nachhaltige Entwicklung in Deutschland leisten. Bundestag, Bundesregierung, Landtage und Länderregierungen sowie die kommunalen Spitzenverbände bleiben aufgefordert, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen und zu intensivieren. Nord-Süd-Foren, die als lokale Quadriologstrukturen oft seit Jahren vorbildlich in den Kommunen arbeiten, werden ihre Bemühungen vor Ort umso erfolgreicher fortsetzen können, je eindeutiger sich Deutschland als Ganzes hinter die Arbeit des europäischen Nord-Süd-Zentrums in Lissabon stellt. In einer sich globalisierenden Welt ist die nord-süd-politische Vernetzung der Kommunen und Regionen Europas von entscheidender Bedeutung gegen die wachsenden Tendenzen des Verlustes an demokratischer Steuerungsfähigkeit. Den nord-süd-politischen Herausforderungen wird Europa nur durch Änderungs- und Gestaltungswillen auf allen Ebenen gerecht werden können. Eine Bilanz der Arbeit der Nord-Süd-Foren seit dem ersten Bundeskongreß 1988 in Mainz bis zur 7. Bundeskonferenz der Kommunen und Nord-Süd-Foren in Osnabrück im November 1998 hängt von den Maßstäben und Erwartungen ab. Legt man die Tatsache zahlreicher juristischer Verfahren von Mittelinstanzen in Flächenländern Mitte der 80er Jahre gegenüber dem nord-süd-politischen Engagement von Kommunen zugrunde, erscheinen die Beschlüsse

z.B. des Deutschen Bundestages vom 29.06.1994, die der Ministerpräsidenten aus den Jahren 1988 und 1994, mit denen die Kommunen aufgefordert werden, gemeinsam mit den NRO vor Ort aktiv zu werden, die lokale Agenda 21 zu entwickeln und die Charta von Berlin umzusetzen, bemerkenswert. Die Nord-Süd-Foren Deutschlands haben an dieser klaren Kurskorrektur einen erheblichen Anteil. Die Förderung des lokalen nord-süd-politischen Engagements durch verschiedene Länder, insbesondere modellhaft NRW (Promotoren, Gemeindefinanzierung, kommunale Nord-Süd-Arbeit aus Landesmitteln - 0,50 DM p. a. pro Kopf, Agenda-Transferstelle in Bonn, Landesbeirat für nachhaltige Entwicklung in NRW beim Ministerpräsidenten), hat die Vielzahl der möglichen Synergieeffekte durch eine intelligente zukunftsorientierte Politik anschaulich demonstriert. Nachhaltige Entwicklung lebt von aktiver Beteiligung der Menschen in offenen Diskursen. Delegation von Verantwortung soll im Agenda-Prozeß abgebaut und die eigene Verantwortung für konkrete Beiträge in Richtung zukunftsfähiger Entwicklung gestärkt werden. Die in den letzten Jahren deutlich gestärkten zahlreichen Ländernetzwerke, Initiativen und entwicklungspolitischen Aktionsgruppen haben wesentlich zur Veränderung des Bewußtseins beigetragen. Begriffe wie „Entwicklungsland Deutschland“, globale Apartheid und zukunftsfähiges Deutschland wurden ohne das zivilgesellschaftliche Engagement noch heute in Deutschland weitgehend auf Unverständnis stoßen.

Dieser positiven Bewertung stehen in Deutschland die Erfahrungen bei der Umsetzung der Erdgipfel in Rio (Umwelt und Entwicklung 1992) und Habitat II in Istanbul (1996), die beide den Kommunen konkrete entwicklungspolitische Aufgaben übertrugen, gegenüber. 1996 sollten

die Kommunen nach breiter Diskussion in der Bevölkerung ihre Aktionsprogramme für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedet haben. Die 6. Bundeskonferenz vom 13.-15.09.1996 in Bonn trug die Überschrift „Kommunen, Nord-Süd-Foren und die lokale Agenda 21 - Noch 107 Tage bis zum Ablauf der Frist 31.12.1996“. Erst 200 Kommunen von rund 15.000 hatten 1996 in Deutschland mit dem Agenda-Prozeß begonnen. Jetzt hat die Agenda-Transferstelle in Bonn die Zahl von mehr als 600 (ca. 4%) Gemeinden veröffentlicht, zu der weitere Gemeinden noch ohne politischen Agenda-Beschluß kommen. Ganz überwiegend konzentrieren sich diese Gemeinden allerdings nur auf den Umweltaspekt im Agenda-Prozeß. Erst eine kleine Minderheit hat „Rio Komplette“ angepackt, d. h. unter Einbeziehung der entwicklungspolitischen Dimension. Den NRO kommt dabei eine maßgebliche Rolle zu. Nur in Ausnahmefällen haben die von der UNO in der Agenda 21 aufgeforderten Kommunen die Initiative zur Entwicklung von Aktionsprogrammen zur Umsetzung der Agenda 21 vor Ort ergriffen. Die Nord-Süd-Foren beobachten mit wachsender Sorge die Verkürzung des lokalen Agenda-Prozesses auf Umweltthemen. Das Verdienst von Rio war die Verbindung von Umwelt und Entwicklung als zwei Seiten der gleichen Medaille. So verständlich der Einstieg in den Agenda-Prozeß vor Ort über drängende Umweltfragen ist, so wenig darf zugelassen werden, daß soziale und ökonomische Fragen ausgeblendet bleiben. Nachhaltige Entwicklung sucht in einem breiten partizipativen Ansatz die Balance zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen und strebt ein Entwicklungsmodell an, das die Ansprüche der heutigen Generationen befriedigt, ohne die Zukunftschancen der nachfolgenden Generationen zu beeinträchtigen.